

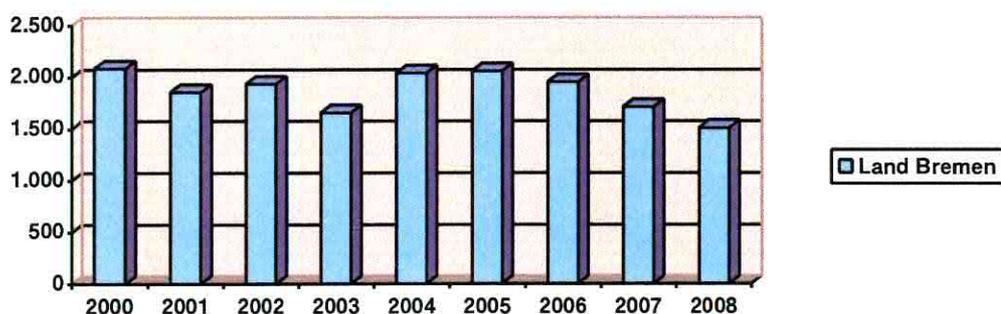
## Evaluation der Kampagne „Lass Dich einbürgern – Bremen will Dich!“

Vom 14. April bis 14. Mai 2009 hat der Senator für Inneres und Sport gemeinsam mit der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales eine Einbürgerungskampagne durchgeführt. Diese Kampagne gilt es nunmehr zu evaluieren. Im Rahmen der Evaluation sind zwei unterschiedliche Schwerpunkte betrachtet worden. Einerseits sind die unmittelbaren Aktionen der durchgeführten Kampagne bewertet worden. Andererseits sind die in den drei Monaten nach der Kampagne ausgegebenen Fragebögen ausgewertet worden. Letztlich sind im Rahmen eines Fazits Empfehlungen dargestellt, welche Maßnahmen für das weitere Vorgehen vorgeschlagen werden.

### A. Hintergründe zur Entstehung der Kampagne

Im Rahmen der Konzeption zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Lande Bremen 2007 – 2011 ist ein Prüfauftrag für die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie dem Senator für Inneres und Sport bezüglich der Durchführung einer Einbürgerungskampagne aufgenommen worden. Das ausschlaggebende Argument für die Durchführung einer Einbürgerungskampagne in Bremen war die Feststellung, dass die Zahl der Einbürgerungen in den letzten Jahren bundesweit gesunken ist (vergl. Anlage 1: Einbürgerungen von Ausländern nach Bundesländern, 2000-2007).

Im Land Bremen ist dieser Trend nicht ganz so deutlich, da hohe Rückstandszahlen aus den Vorjahren abgebaut wurden. Seit 2005 gehen aber auch im Land Bremen die Einbürgerungszahlen zurück. Dieser Trend hatte sich im Jahr 2008 weiter fortgesetzt.



Im Bundesvergleich kann das Land Bremen zwar bezüglich seiner Einbürgerungsquote (Einbürgerungen pro Jahr im Verhältnis zum Ausländerbestand) immer noch ein sehr gutes Ergebnis vorweisen. Das Land Bremen nimmt den 3. Rang ein und liegt bei den Stadtstaaten vor Berlin und Hamburg (vergl. Anlage 2). Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass bundesweit seit einigen Jahren ein stetiges Absinken der Einbürgerungszahlen zu verzeichnen ist.

Auch die für die Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder haben dieses Thema aufgegriffen und eine länderoffene Arbeitsgruppe mit dem Ziel eingerichtet, Vorschläge für die Aufwertung von Einbürgerungen zu erarbeiten. Eine erste Bestandsaufnahme wurde von der Arbeitsgruppe -in der Bremen sich aktiv beteiligt- vorgelegt. Eine Analyse und daraus resultierende Vorschläge mit dem Ziel einer Aufwertung von Einbürgerungen stehen indes noch aus. Aus dieser Bestandsaufnahme ergibt sich, dass in einigen Bundesländern Einbürgerungskampagnen durchgeführt worden sind resp. durchgeführt werden.

So hat zum Beispiel Nordrhein-Westfalen im September 2008 die Einbürgerungskampagne "Nordrhein-Westfalen: Hier sind wir zuhause" gestartet. Die Informationskampagne verfolgte das Ziel, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen zu motivieren, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen und wies gleichzeitig auf die Veränderungen im Einbürgerungsverfahren hin. Im Rahmen der Kampagne waren ein Plakat, ein Informationsflyer und eine Informationsbroschüre im Format eines Reisepasses an Volkshochschulen, Ausländerbehörden und Migrantenselbstorganisationen herausgegeben worden.

Berlin wirbt - wie bereits in der Vergangenheit mehrfach getan – ebenfalls wieder für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Der Berliner Integrationsbeauftragte startete 2006 eine neue Einbürgerungskampagne, die aktuell mit neuem Material fortgesetzt wird. Bestandteile sind vor allem Plakate und Broschüren, außerdem Anzeigenschaltungen in (türkischen) Medien und Informationsveranstaltungen in Schulen und anderen Einrichtungen. Die zentrale Broschüre zur Kampagne orientiert sich am europäischen Pass und trägt den Titel „PASSt MIR!“. Schwerpunkt darin sind Stellungnahmen junger Menschen unterschiedlicher Herkunft, die erläutern, warum es für sie wichtig war, sich einbürgern zu lassen. Auch Brandenburg hat eine Broschüre unter dem Titel „Passt mir“ herausgegeben, die über die Einbürgerung informiert und Eindrücke der Eingebürgerten darstellt.

Die Beauftragte für Migration und Integration des Landes Rheinland-Pfalz hat 2008 in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern und für Sport die Broschüre „Fragen und Antworten zur Einbürgerung“ neu aufgelegt, um die in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländer über die wichtigsten Regelungen für die Einbürgerung einschließlich der zuletzt geschaffenen neuen Anforderungen zu informieren. Darüber hinaus startet Rheinland-Pfalz eine Einbürgerungskampagne, die für die Einbürgerung wirbt und über die neuen rechtlichen Grundlagen genauso informiert wie über Beratungs- und Unterstützungsangebote. Zentrale Elemente werden dabei Plakate und Handreichungen sein, sowie landesweite Informationsveranstaltungen für die Multiplikatoren, ferner eine eigene Website.

Die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern ist in Deutschland nicht nur ein wichtiges integrationspolitisches Thema, sondern muss darüber hinaus auch im Lichte des demographischen Wandels betrachtet werden. Aufgrund der Änderungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19. August 2007 wurden die Voraussetzungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verändert (höhere Spracherfordernisse/ Herabsetzung des Strafrahmens, der unberücksichtigt bleibt/ ab September 2008 der Einbürgerungstest). Das Ziel der Einbürgerungskampagne in Bremen war durch die Weitergabe von Informationen und Beratungsgesprächen vor Ort auf die Möglichkeit der Einbürgerung hinzuweisen und möglicherweise bestehenden Ängsten und Unsicherheiten zu begegnen und entgegenzutreten. Zugleich sollte die Botschaft an alle Bremer Bürgerinnen und Bürger weitergegeben werden, dass Einbürgerungen begrüßt werden und eingebürgerte Personen „Willkommen heißen“ werden.

## B. Durchführung der Kampagne

Mit dem Thema

**„Lass Dich einbürgern! Bremen will Dich!“**

ist die einmonatige Kampagne nach außen getreten.

Im Rahmen der Einbürgerungskampagne sind folgende Aktivitäten gestartet worden:

- Plakataktion  
Vom 14. bis 23. April 2009 haben für 10 Tage große Plakatwerbungen auf dieses Thema hingewiesen (10 Großflächen und 25 Stadtteilflächen).

- z.B. am Rembertiring -



- Postkartenaktion  
Parallel zur Plakatierung sind Postkarten in Umlauf gebracht werden. Mit der Nutzung von „UniCards“ erreicht man über deren Verteilungssysteme vorzugsweise in den Kneipen Bremens vor allem junge Menschen. Die drei verwendeten Motive (für die Postkarten und Plakate) sind als Anlagen 3, 4 und 5 beigefügt.
- Radio – Jingle  
Radio Bremen hat während der einmonatigen Kampagne regelmäßig einen Radio-Jingle mit werbendem Hinweis auf die Einbürgerungskampagne auf Bremen 4 gesendet.

- begleitende öffentliche Veranstaltungen

Wesentlicher Bestandteil waren die Termine vor Ort, die von Beschäftigten des Senator für Inneres und Sport und des Stadtamtes wahrgenommen worden sind. Mittelpunkt dieser Termine war einerseits die unmittelbare Weitergabe von Informationen an interessierte Personen in den Stadtteilen und andererseits die ganz konkrete Einzelberatung.



Im Roland Center konnte im Rahmen der Ausstellung des Kulturladens Huchting „Herkunft–Ankunft–Zukunft“ für die Dauer von knapp einer Woche die Kampagne vorgestellt werden.

Neben der Weitergabe von allgemeinen Informationen zum Thema Einbürgerung fanden in dieser Zeit im Roland Center im Rahmen der dort stattfindenden Ausstellung „Herkunft–Ankunft–Zukunft“ ebenfalls diverse Einzelberatungen statt. Der Besucherandrang von Menschen die zum Teil extra nur wegen der Beratungsangebote erschienen sind, war außerordentlich hoch. Entsprechende Angebote wurden stadtweit zur Verfügung gestellt; z.B. in der Volkshochschule Bremen, im Bürgerzentrum Neue Vahr; in der Kindertagesstätte Kinderhafen und der Interkulturelle Werkstatt in Tenever oder der Kindertagesstätte Wohlers Eichen. Daneben gab es Angebote im BSC-Mitte und im Bürgeramt Vegesack. In vielen Fällen konnte bereits die Antragstellung für die Einbürgerung in die deutsche Staatsangehörigkeit gemeinsam vorbereitet werden.



z.B.: Beratungsstand im Roland Center (Huchting)

- verbesserter Internetauftritt

Es ist eine eigene Aktionswebsite ([www.einbuengerung-bremen.de](http://www.einbuengerung-bremen.de)) aufgebaut worden, die mit der überarbeiteten Homepage des Senators für Inneres und Sport verlinkt worden ist. Die Homepage hat nunmehr ebenfalls Bilder von eingebürgerten Personen aufgenommen, die darstellen, warum sie sich einbürgern lassen haben.

Einige Beispiele:



z.B. Frau Isaura Maria Mota da Silva-Mergelmeyer

*"Ich habe mich einbürgern lassen, weil ich mich für die Gesellschaft mitverantwortlich fühle und an ihrer Entwicklung und Gestaltung aktiv mitwirken möchte."*

z.B. Herr Ertan Boz

*"Ich habe mich für die Einbürgerung entschieden, weil ich hier in meiner Heimat mit gestalten und entscheiden will."*



z.B. Frau Anna Colarusso-Otten

*"Ich habe mich einbürgern lassen, weil ich in Deutschland geboren bin, hier die Schule besucht und meine Kinder bekommen habe"*

- Podiumsdiskussion  
Zum Thema „Doppelte Staatsangehörigkeit - Optionspflicht im Widerspruch“ fand am 28. April 2009 im Haus der Wissenschaft eine Podiumsdiskussion statt. Unter Moderation von Folkert Lenz haben sich gemeinsam mit dem Innensenator Ulrich Mäurer Vertreterinnen und Vertreter der Parteien mit Frau Prof. Dr. Karakasoglu und Herrn PD Dr. Luft zu diesem Thema ausgetauscht.
- Einbürgerungsfeier  
Mit einer Feierstunde im Rathaus für die in den letzten Monaten eingebürgerten Personen ist die Kampagne am 14. Mai 2009 abgeschlossen worden.



-Innensenator Mäurer mit den im Rahmen der Feierstunde eingebürgerten Personen.-

## C. Bewertung der einzelnen Aktionen im Rahmen der Kampagne

### 1. Werbung

Gerade die parallele Nutzung der drei werbenden Instrumente nebeneinander ist sicherlich gelungen. Die großflächigen Plakate in Zusammenhang mit den Postkarten und als i-Tüpfelchen der Radiojingle, der während der Kampagne regelmäßig gespielt worden ist, haben die gewünschte Aufmerksamkeit erzielt. Es sollten damit vorrangig potenzielle Antragstellerinnen und Antragsteller für die deutsche Staatsangehörigkeit erreicht werden. Daneben ging es aber auch um die Vermittlung einer „Willkommenskultur“ der deutschen Gesellschaft allen eingebürgerten Personen gegenüber.

Im Rahmen der Auswertung der Fragebogen, die im Anschluss an die Kampagne drei Monate zur Evaluation an die Antragstellerinnen und Antragsteller ausgegeben worden sind, haben 45 % der Personen, die den Fragebogen beantwortet haben mitgeteilt, von der Kampagne Kenntnis erlangt zu haben. Vor allem die Radiowerbung wurde als wesentlicher Kommunikator bewertet (näheres dazu unter Punkt D im Folgenden). Das Ziel -eine größtmögliche Aufmerksamkeit bei einer Vielzahl von Personen zu erreichen- ist erfüllt worden.

## 2. Informationsveranstaltungen / Erstberatungen

Festgestellt werden konnte, dass der Bedarf an allgemeinen Informationen zum Thema Einbürgerung eher gering war. Vor Ort z.B. Vorträge zu diesem Thema anzubieten, trifft nicht die Nachfragesituation. Sicherlich konnten auch einige Personen erst mal überhaupt auf die Idee gebracht werden, sich mit einer möglichen Einbürgerung zu beschäftigen.

Für eine deutliche Mehrheit bestand der Bedarf an einer individuellen Beratung. Viele Menschen kamen bereits gut vorbereitet zu den einzelnen Standorten, für die Einzelberatungen angekündigt worden waren. Festgestellt werden konnte, dass Unsicherheiten bezüglich der gesetzlichen Voraussetzungen bestanden. Auch Fehlinformationen hinsichtlich der gesetzlichen Voraussetzungen (z.B. bezogen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse) haben vielfach zu falschen Vorstellungen geführt, so dass die Annahme bestand sowieso nicht eingebürgert werden zu können.

Der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit ist durch die Betroffenen immer wieder thematisiert worden. Auf der einen Seite wurde deutlich, dass viele EU-Bürgerinnen und –Bürger die Durchbrechung dieses Grundsatzes für diesen Personenkreis nicht erfahren haben. Dass alle EU-Bürgerinnen und –Bürger mittlerweile unter Beibehaltung ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit eingebürgert werden können, war vielen nicht bekannt.

Auf der anderen Seite haben viele Personen zum Ausdruck gebracht, dass sie die Einbürgerung nicht beantragen werden, da sie sich anderenfalls aus ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit entlassen lassen müssen. Die Durchbrechung des Grundsatzes der Vermeidung von Mehrstaatigkeit gilt abgesehen für die EU-Angehörigen grds. für Personen anderer Staatsangehörigkeit nicht.

Darüber hinaus wurde deutlich, dass viele Einbürgerungsinteressierte ihre bisherigen zum Teil negativen Behördenerfahrungen auf die Staatsangehörigkeitsbehörde übertragen. Die Möglichkeit unmittelbar vor Ort einen Termin zu erhalten und auch das allgemeine Beratungsangebot durch die Beschäftigten der Staatsangehörigkeitsbehörde waren zumeist nicht bekannt. Dies dürfte u.a. auch ein Grund dafür sein, dass die Ankündigung einer Erstberatung vor Ort auf so großes Interesse gestoßen ist.

In den Stadtteilen bestehen zum Teil erhebliche Beratungsbedarfe. Aufgrund vieler Unsicherheiten besteht der Wunsch vorzugsweise auf vertrautem Terrain eine Beratung in Anspruch zu nehmen. In Absprache mit lokalen Trägern vor Ort (z.B. Ausländerverbände, entsprechende Stadtteilinstitutionen) soll zukünftig ein geeignetes Beratungsangebot zur Verfügung gestellt werden. Angedacht sind mit der Staatsangehörigkeitsbehörde und den jeweiligen Trägern abgestimmte Informationsveranstaltungen, die vor Ort beworben werden.

### 3. Podiumsdiskussion

Die Podiumsdiskussion fand im Haus der Wissenschaft mit dem Thema „Doppelte Staatsangehörigkeit – Optionspflicht im Widerspruch“ statt. Diese Veranstaltung machte noch einmal deutlich, dass das Thema Einbürgerung –wie viele andere auch– zwei sehr unterschiedliche Dimensionen hat. Auf der einen Seite befinden sich die betroffenen Personen, die sehr unmittelbar Beratung und Hilfestellung für ihre ganz individuelle Situation benötigen. Auf der anderen Seite geht es um den rechtlichen Rahmen, der vielfach politisch sehr kontrovers betrachtet wird. Im Rahmen einer Einbürgerungskampagne richtet sich das Interesse mehr auf die erste Personengruppe. Es geht letztendlich um die unmittelbare Steigerung der Einbürgerungszahlen.

Aber auch der rechtliche Rahmen für die Einbürgerung sollte betrachtet werden, da die gesetzlichen Voraussetzungen bei bestimmten Personengruppen dazu führen könnten, dass kein Antrag auf Einbürgerung in die deutsche Staatsangehörigkeit gestellt wird. Ein solcher Umstand ist beispielsweise in dem Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit zu sehen. Viele Personen, die sich im Rahmen der Kampagne beraten lassen haben und grds. die Voraussetzungen für einen Einbürgerungsanspruch erfüllen, werden vorerst keinen Antrag auf Einbürgerung in die deutsche Staatsangehörigkeit stellen, da sie sonst ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben müssten. Dies empfinden einige insbesondere im Falle familiärer Bindungen an ihr Herkunftsland als besondere Hürde.

Ein Teilaspekt dieser Problematik wurde im Rahmen der Podiumsdiskussion sehr kontrovers beleuchtet. Für die Kinder, die mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen haben resp. eingebürgert worden sind, obwohl keines der Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (§ 4 Abs. 3 resp. § 40b Staatsangehörigkeitsgesetz), ist der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit nur zeitlich bedingt vom Gesetzgeber aufgegeben worden. Diese Personen („Optionsdeutsche“) müssen sich nach Erreichen der Volljährigkeit entscheiden, ob sie weiterhin die deutsche Staatsangehörigkeit haben möchten. Dies setzt jedoch voraus, dass sie sich aus der Staatsangehörigkeit resp. den Staatsangehörigkeiten, die sie über ihre Eltern erhalten haben, entlassen lassen.

Bremen hat gemeinsam mit dem Land Berlin im Herbst 2008 eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat eingebracht mit dem Ziel die Optionspflicht aufzuheben. Die Gesetzesinitiative fand nicht die erforderliche Mehrheit.

### 4. Einbürgerungsfeier

Die Einbürgerungsfeier hat nicht explizit aufgrund der Einbürgerungskampagne als deren Schlusspunkt stattgefunden, sondern stellt mittlerweile einen festen Termin im Rahmen der Einbürgerung in der Stadtgemeinde Bremen dar. Mit dieser Feierstunde sollen die Personen begrüßt werden, die sich in den vergangenen Monaten einbürgern lassen haben. Bei einigen wird die Einbürgerung auch unmittelbar im Rahmen der Feierstunde vollzogen.

Seit mehreren Jahren wird zu diesem Zweck die obere Rathaushalle genutzt. Auf persönliche Einladung des Senators für Inneres und Sport findet diese Feierstunde für die einbürgerten Personen und deren Familien statt. Mit der Feier in diesem würdigen Rahmen wird die Wichtigkeit der Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit noch einmal herausgestrichen. Diese Veranstaltungen sollen auch zukünftig entsprechend durchgeführt werden.

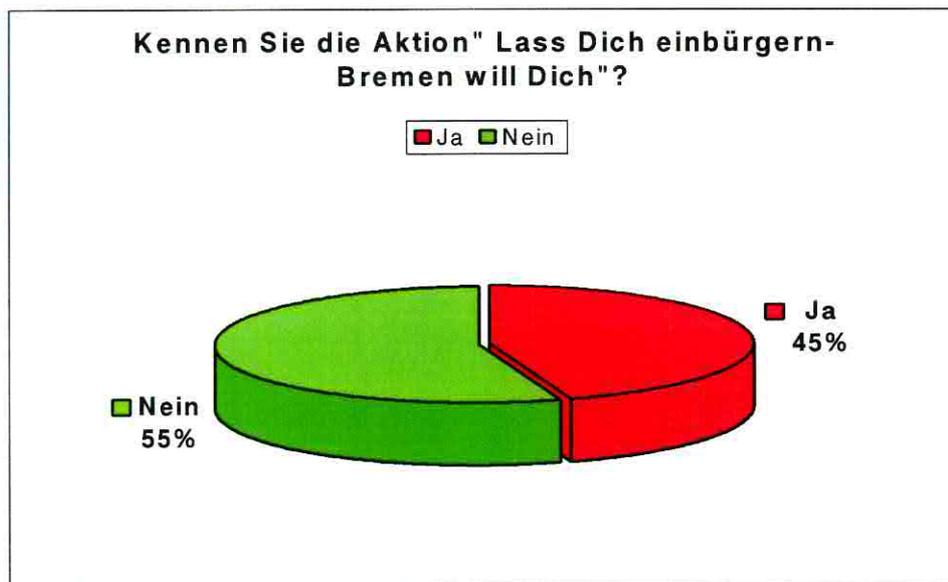
### C. Auswertung der Fragebogen und Antragszahlen

Vom 15. Mai bis 14. August 2009 ist im Rahmen der Antragstellung ein Fragebogen mit folgendem Inhalt an die Antragstellerinnen und Antragsteller weitergegeben worden, mit der Bitte diesen auszufüllen (eine Kopie des Fragebogens ist als Anlage 6 beigelegt):

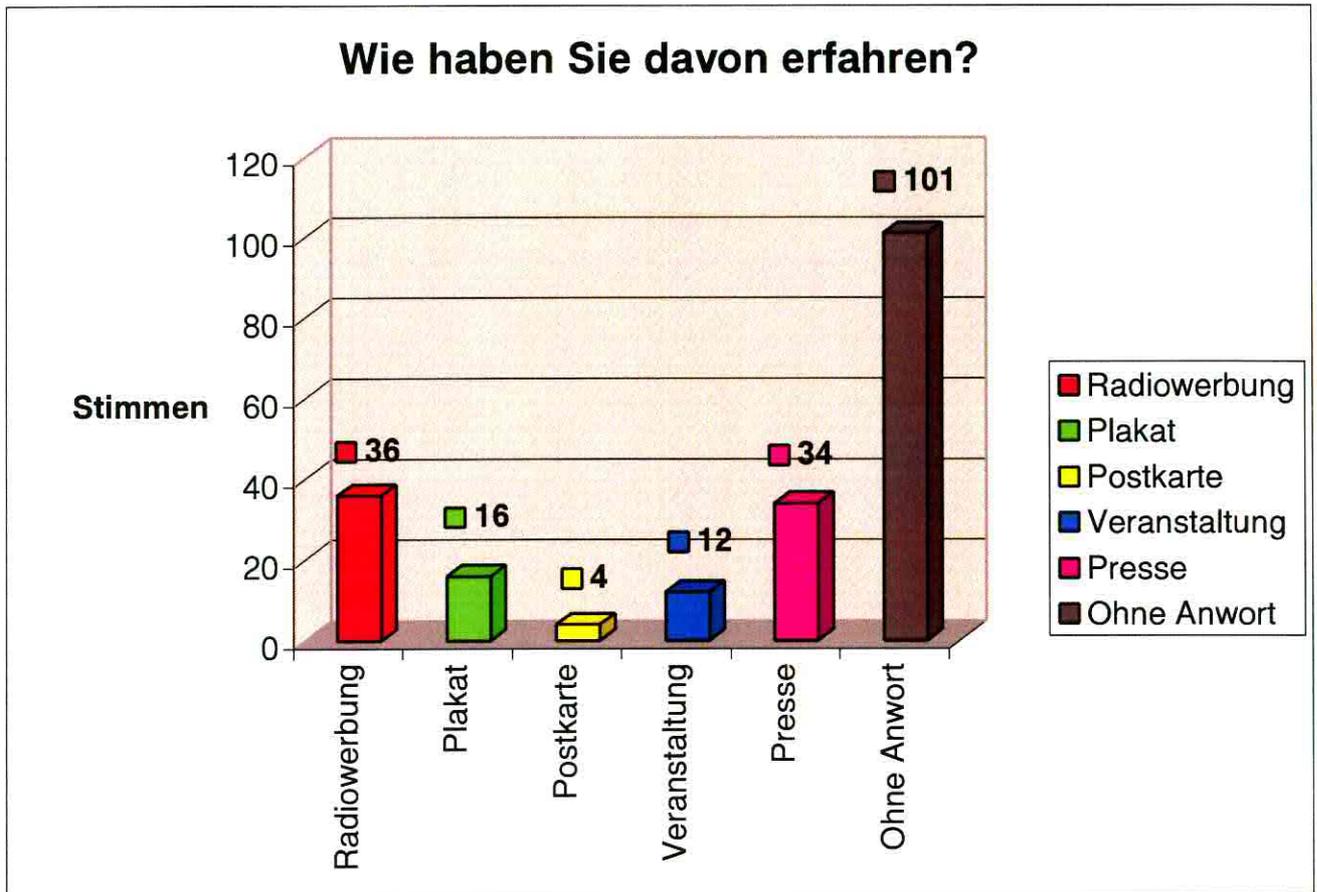
1. Kennen Sie die Aktion „Lass Dich einbürgern – Bremen will Dich“? Wie haben Sie davon erfahren? Radiowerbung, Plakat, Postkarte, Veranstaltung, Presse....
2. Sind Sie aufgrund der Aktion zu dem Schluss gekommen, sich einbürgern zu lassen bzw. sich entsprechend zu informieren?
3. Warum wollen Sie sich einbürgern lassen?
  - ...weil ich bereits lange in Deutschland lebe.
  - ...weil ich mich in Deutschland zu Hause fühle.
  - ...weil ich an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen möchte.
  - ...weil ich dadurch bessere berufliche Möglichkeiten habe.
  - ...weil ich auch die Freizügigkeit in Anspruch nehmen möchte.
  - ...andere Gründe

187 Fragebögen wurden ausgefüllt zurückgegeben. Dies stellt eine Rücklaufquote von rund 57 % dar (Antragszahlen im Verhältnis zum Rücklauf). Diese Beteiligung ist für eine Fragebogen-Aktion außergewöhnlich hoch.

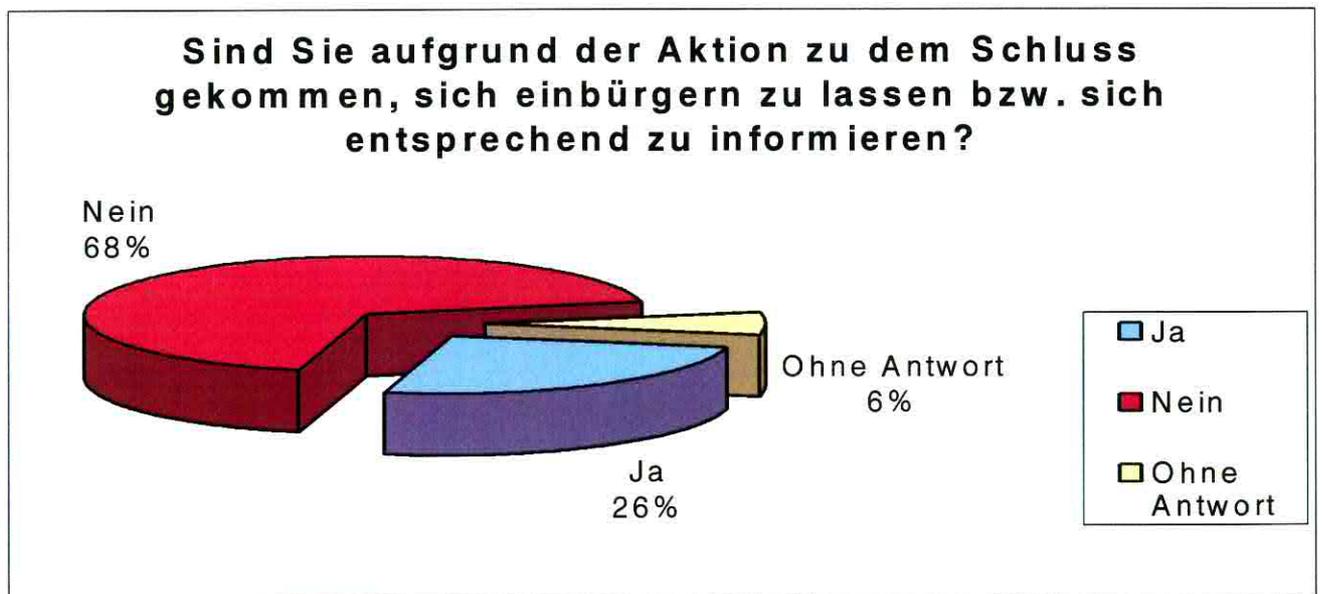
Folgende Angaben wurden von den betroffenen Personen gemacht:



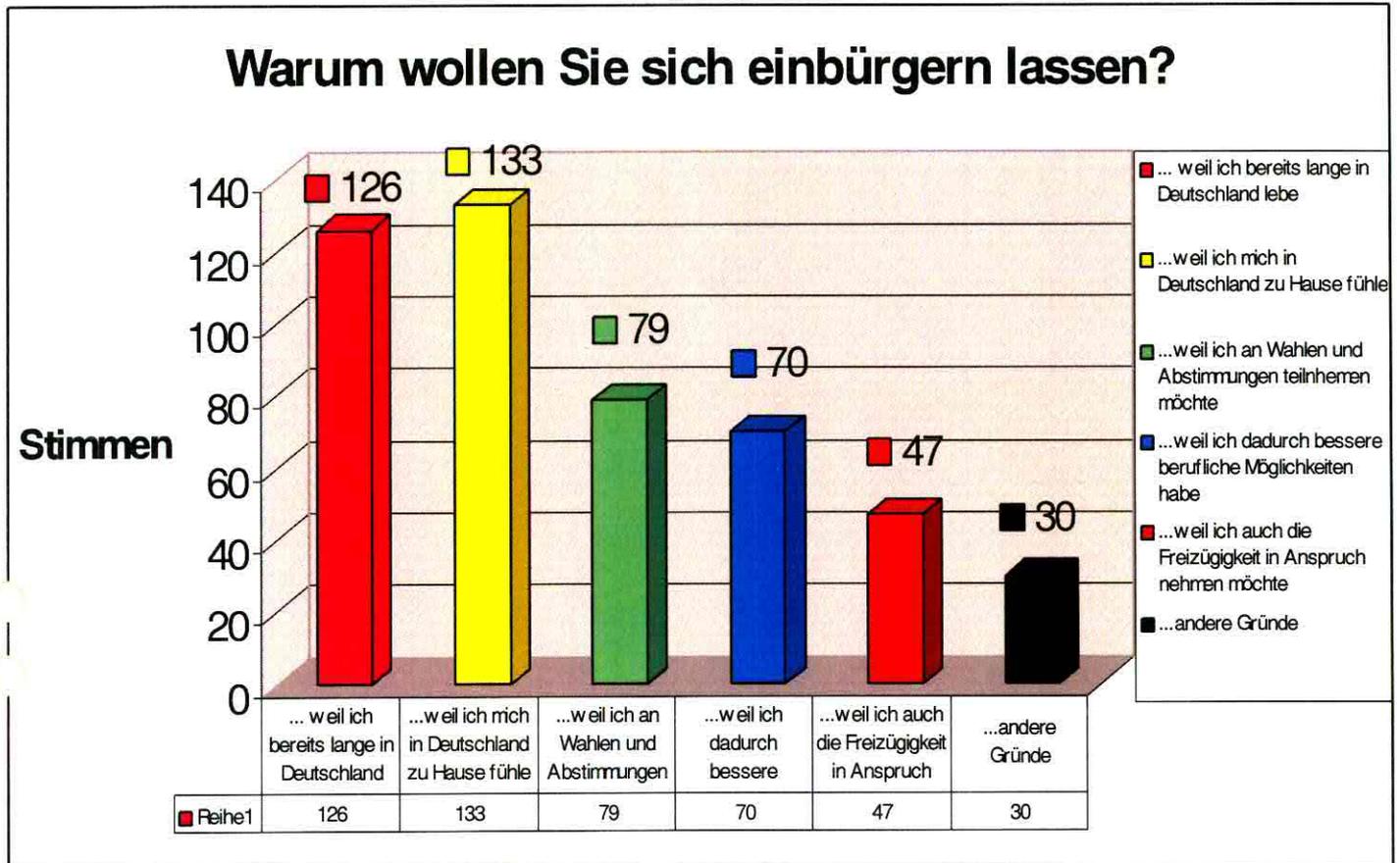
In den 187 Antwortbogen haben 84 Personen angegeben die Einbürgerungskampagne zu kennen. 103 Personen haben dies verneint.



Hier bestand die Möglichkeit der Mehrfachauswahl.



In den 187 beantworteten Fragebogen ist 48 Mal angegeben worden, dass sie aufgrund der Einbürgerungskampagne zu dem Schluss gekommen seien sich einbürgern zu lassen bzw. auf die Idee kamen, sich über eine mögliche Einbürgerung zu informieren. 127 Personen haben es verneint, dass ihre Entscheidung mit der Kampagne zu tun habe. 12 Personen haben diese Frage nicht beantwortet.



Hier bestand die Möglichkeit der Mehrfachauswahl.

#### Entwicklung der Antragszahlen im Zeitraum der Kampagnen

Die Auswirkungen der Kampagne auf die Entwicklung der Antragszahlen lassen sich aufgrund der ohnehin bestehenden Schwankungen nur sehr vorsichtig einschätzen. Ob die für die Stadtgemeinde Bremen feststellbare positive Entwicklung der Antragszahlen allein auf die Einbürgerungskampagne zurückzuführen ist, lässt sich nicht sicher feststellen. Für das erste Halbjahr 2009 ist für die Stadtgemeinde Bremen eine Zunahme der Anträge um knapp 10 % zu verzeichnen, während im selben Zeitraum die Anträge in der Stadt Bremerhaven um knapp 10 % rückläufig waren.

#### D. Fazit

Im Rahmen der Einbürgerungskampagne sollten unter Nutzung verschiedener Kommunikationswege möglichst viele Informationen über die Möglichkeiten einer Einbürgerung an potenziell betroffene Personen weitergegeben werden. Dieses ist unter Berücksichtigung der Auswertung der Fragebogen als erfolgreich zu bewerten. Fast die Hälfte dieses Personenkreises hat zumindest Kenntnis über die Durchführung der Einbürgerungskampagne erlangt und gut ein Viertel dieser Personen gab darüber hinaus an, dass sie zumindest mit über die Kampagne zu ihrer Entscheidung für eine Einbürgerung gekommen seien.

Aus den Erfahrungen der Kampagne heraus wird für die Zukunft folgendes vorgeschlagen:

1. Mit einzelnen Verbänden, Stadtteilinitiativen etc. ist vorbesprochen, dass im Rahmen vor Ort beworbener und vorbereiteter Veranstaltungen bei Bedarf für mehrere Personen eine Erstberatung ggf. samt Antragstellung durch Beschäftigte der Staatsangehörigkeitsbehörde des Stadtamtes erfolgen kann. Angestrebt ist, dieses Angebot über eine Information des Bremer Rates für Integration über die dortigen Multiplikatoren zusätzlich zu kommunizieren.
2. Die Volkshochschule hat sich bereit erklärt, dass sie allen Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmern, die das Sprachzertifikat B1 erreicht haben (Voraussetzung für die Einbürgerung) die Informationsbroschüre „Wege zur Einbürgerung“ weitergeben werden.
3. Der Senator für Inneres und Sport prüft Möglichkeiten EU-Bürgerinnen und -Bürger gezielt auf die aktuellen Voraussetzungen im Staatsangehörigkeitsrecht hinzuweisen. Vielen ist nicht bekannt, dass alle EU-Bürgerinnen und -Bürger z.B. unter Beibehaltung ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit eingebürgert werden können.
4. Der Senator für Inneres und Sport prüft Möglichkeiten allen Ausländerinnen und Ausländern, die bereits über einen mehrjährigen rechtmäßigen Aufenthalt verfügen, ein allgemeines Informationsschreiben über die Möglichkeiten der Einbürgerung und das Beratungsangebot der Einbürgerungsbehörde weiterzuleiten.

## **Anlagen**

**Einbürgerungen von Ausländern nach Bundesländern, 2000-2007**

Quelle: Integrationsreport des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, WorkingPaper 17, Seite 21

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Quote '07 (in %)*
Baden- Württemberg	29.057	28.112	22.868	19.454	16.068	15.015	14.271	12.971	1,10
Bayern	20.610	19.922	17.090	14.641	13.225	12.098	13.430	13.099	1,21
Berlin	6.730	6.270	6.700	6.626	6.509	7.098	8.186	7.710	1,83
Brandenburg	424	434	411	314	286	352	326	472	0,99
Bremen	2.083	1.857	1.936	1.656	2.040	2.062	1.956	1.715	2,13
Hamburg	8.640	9.832	7.731	6.732	4.840	4.335	4.618	4.029	1,74
Hessen	20.441	18.924	17.421	17.246	15.027	13.793	13.367	14.007	1,90
Mecklenburg Vorpommern	295	287	301	289	396	448	540	503	1,63
Nieder- sachsen	15.427	14.693	12.838	11.655	10.998	10.886	11.441	9.251	2,02
Nordrhein- Westfalen	65.744	60.566	49.837	44.318	40.060	35.100	36.760	32.581	1,80
Rheinland- Pfalz	7.338	7.714	7.445	6.898	6.564	5.494	6.932	6.667	2,28
Saarland	1.833	1.235	1.287	1.473	1.236	1.211	1.528	1.256	1,62
Sachsen	455	547	498	492	486	529	613	744	0,88
Sachsen- Anhalt	461	447	482	447	386	543	529	460	0,98
Schleswig- Holstein	5.639	5.123	5.128	4.310	4.660	4.164	4.308	3.980	2,94
Thüringen	312	357	354	300	351	387	454	387	1,18
<b>Gesamt**</b>	<b>186.688</b>	<b>178.098</b>	<b>154.547</b>	<b>140.731</b>	<b>127.153</b>	<b>117.241</b>	<b>124.566</b>	<b>113.030</b>	<b>1,67</b>

\*Berechnet als Zahl der Einbürgerungen des letzten Jahres geteilt durch den Ausländerbestand (laut AZR) am 31.12.2006, multipliziert mit 100.

\*\*Die Addition der Länderwerte ergibt nicht die Gesamtzahl der Einbürgerungen für das jeweilige Jahr, da noch Einbürgerungen vom Ausland aus dazukommen.

**Rangliste der Bundesländer**  
**bezüglich ihrer Einbürgerungsquote im Jahr 2007 (in %)**

1. Schleswig-Holstein	2,94
2. Rheinland-Pfalz	2,28
<b>3. Bremen</b>	<b>2,13</b>
4. Niedersachsen	2,02
5. Hessen	1,90
6. Berlin	1,83
7. Nordrhein-Westfalen	1,80
8. Hamburg	1,74
9. Mecklenburg-Vorpommern	1,63
10. Saarland	1,62
11. Bayern	1,21
12. Thüringen	1,18
13. Baden-Württemberg	1,10
14. Brandenburg	0,99
15. Sachsen-Anhalt	0,98
16. Sachsen	0,88

Quelle: Integrationsreport des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge,  
WorkingPaper 17, Seite 21

# Lass dich einbürgern

## Bremen will dich!

Sezgin E. ist eingebürgert.  
Täglich feilt er als Berufsschüler an seiner Zukunft.



Der Senat

Freie  
Hansestadt  
Bremen

Nutze alle deine Rechte. [www.einbuergern-bremen.de](http://www.einbuergern-bremen.de)

**Lass dich einbürgern**

**Bremen will dich!**

Sadia S. ist eingebürgert.  
Raumfahrt made in Bremen  
ist ihr wichtigster Antrieb.



Der Senat  
Freie  
Hansestadt  
Bremen

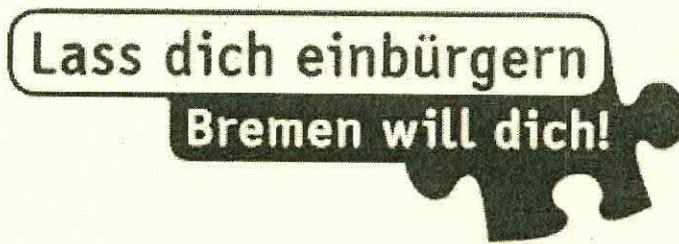
Nutze alle deine Rechte. [www.einbuergung-bremen.de](http://www.einbuergung-bremen.de)

# Lass dich einbürgern

## Bremen will dich!

Ahmet O. ist eingebürgert.  
Als Beulenkünstler erfreut  
er tagtäglich viele Bremer.

## Evaluation der Einbürgerungskampagne



1. Kennen Sie die Einbürgerungskampagne „Lass Dich einbürgern – Bremen will Dich“?

- ja                       nein

wenn ja:

Wie haben Sie davon erfahren?

- Radiojingle      
Plakat              
Postkarte          
Veranstaltung   
Presse

2. Sind Sie aufgrund der Kampagne zu dem Schluss gekommen, sich einbürgern zu lassen bzw. sich entsprechend zu informieren?

- ja                       nein

3. Warum wollen Sie sich einbürgern lassen?

- ...weil ich bereits lange in Deutschland lebe.  
 ...weil ich mich in Deutschland zu Hause fühle.  
 ...weil ich an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen möchte.  
 ...weil ich dadurch bessere berufliche Möglichkeiten habe.  
 ...weil ich auch die Freizügigkeit in Anspruch nehmen möchte.  
 ...andere Gründe